



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

ARMUTSGEFÄHRDUNG IN DEUTSCHEN GROSSSTÄDTEN AM HÖCHSTEN

01.07.2010 Fachinformation

Die Gefahr zu verarmen ist in Deutschland in den meisten Großstädten deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. So ist das Armutsrisiko in Leipzig am höchsten, wo jeder vierte Bürger von Armut bedroht ist. Hingegen lebt in München nur jeder zehnte Einwohner mit einem erhöhten Armutsrisiko. Dies geht aus der Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hervor. Ein Armutsrisiko liegt nach einer Definition der EU dann vorliegt, wenn eine Person weniger als 60 Prozent des mittleren monatlichen Haushaltseinkommens seiner Region zur Verfügung hat. Diese Schwelle liegt in Berlin für Einpersonenhaushalte derzeit bei 731 Euro monatlichem Haushaltsnettoeinkommen, in Brandenburg bei 734 Euro (Bundesschnitt: 787 Euro). Haushalte, in denen zwei Erwachsene und zwei Kinder leben, gelten in Berlin bei einem Haushaltsnettoeinkommen von maximal 1.536 Euro als arm, in Brandenburg liegt die Schwelle bei 1.542 Euro (Bundesschnitt: 1.652 Euro). Nach dieser Definition gelten im Bundesdurchschnitt 14,4 Prozent der Einwohner als armutsgefährdet. Deutlich höher ist der Anteil der von Armut Bedrohten in vielen Großstädten: So ist in Hannover, Bremen, Dresden und Dortmund mehr als jeder Fünfte betroffen. Hingegen weisen München (10%), Hamburg (13%), Frankfurt am Main (14%), Düsseldorf (14%) und Stuttgart (14%) kein überdurchschnittliches Armutsrisiko auf. Diese Ergebnisse beruhen auf einer Auswertung des Mikrozensus für die 15 Großstädte Deutschlands mit einer Bevölkerung von mehr als 500.000 Personen. Berlin-Brandenburg: Große Unterschiede in den Bezirken und Kreisen In Berlin liegt der Anteil der Armutsgefährdeten mit 14,3 Prozent leicht unter dem Bundesschnitt, und auch das Land Brandenburg schneidet im Mittel besser ab (13,8 %). Dabei gab es in beiden Ländern jedoch große regionale Unterschiede: Am mittleren Berliner Haushaltseinkommen gemessen war Steglitz-Zehlendorf der Berliner Bezirk mit der geringsten Armutsgefährdungsquote (5,2 Prozent), gefolgt von Treptow-Köpenick (8,0 Prozent). Das höchste Armutsrisiko bestand für die Einwohner der Innenstadtbezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Neukölln. Über ein Fünftel der Bevölkerung war hier armutsgefährdet. Unter den Kreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs wies Potsdam-Mittelmark mit 6,7 Prozent im Brandenburger Maßstab die geringste Armutsgefährdungsquote auf. Es folgte der Landkreis Teltow-Fläming mit 9,2 Prozent. Die höchste Armutsgefährdung im Land Brandenburg war in den kreisfreien Städten Cottbus (20,2 Prozent) und Frankfurt (Oder) (19,9 Prozent) und im Landkreis Prignitz (19,3 Prozent) zu verzeichnen. In den dicht besiedelten städtischen Gebieten Brandenburgs betrug das Armutsrisiko 12,2 Prozent, in den halbstädtischen, mittelstark besiedelten bzw. den ländlichen Gebieten war die Armutsgefährdungsquote höher (14,2 Prozent bzw. 14,5 Prozent). In den Brandenburger Oberzentren nach Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg waren 2008 16,0 Prozent der Einwohner armutsgefährdet, in den Mittelzentren (einschließlich Mittelzentren mit Funktionsteilung) 15,7 Prozent und im übrigen Brandenburg 11,4 Prozent. Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung in Berlin Regionale Einheit % Steglitz-Zehlendorf 5,2 Treptow-Köpenick 8 Reinickendorf 10,4 Lichtenberg 11,9 Pankow 11,9 Spandau 12 Charlottenburg-Wilmersdorf 12,5 Land Berlin 14,3 Tempelhof-Schöneberg 15,8 Marzahn-Hellersdorf 16,6 Neukölln 20,4 Mitte 21,8 Friedrichshain-Kreuzberg 22,9 Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung in Brandenburg Regionale Einheit % Potsdam-Mittelmark 6,7 Teltow-Fläming 9,2 Havelland 11,2 Dahme-Spreewald 12,1 Potsdam 12,1 Märkisch-Oderland 13,5 Land Brandenburg 13,8 Oder-Spree 13,8 Elbe-Elster 14 Oberhavel 14,8 Barnim 15 Brandenburg an der Havel 15 Oberspreewald-Lausitz 15,2 Ostprignitz-Ruppin 15,5 Spree-Neiße 17,1 Uckermark 17,2 Prignitz 19,3 Frankfurt (Oder) 19,9 Cottbus 20,2 (Quelle: Landesamt für Statistik Berlin-Brandenburg) Methodik und Hintergrund Die Sozialberichterstattung der

amtlichen Statistik ist ein gemeinsames Projekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Sie liefert zu den Themen soziale Mindestsicherung und Armut eine Vielzahl vergleichbarer Daten für Bund und Länder aus den Bereichen. Dabei umfasst die Sozialberichterstattung im Wesentlichen zwei Bausteine: Der erste Baustein ist die Veröffentlichung von Berichten zur sozialen Mindestsicherung in Deutschland. Der erste Bericht gibt in Form einer Bestandsaufnahme einen groben Überblick über die Leistungen, Fallzahlen, Strukturen und Ausgaben der sozialen Mindestsicherungssysteme bis einschließlich Berichtsjahr 2006. Der zweite Baustein ist die Bereitstellung von Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Ebene von Bund und Ländern. Damit soll dem wachsenden Bedarf nach vergleichbaren Sozialindikatoren auf Bundes- und Länderebene Rechnung getragen werden. Die Auswahl der Indikatoren orientiert sich an den von der EU vereinbarten Indikatoren zur Messung der sozialen Eingliederung. Zudem werden Indikatoren zur Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen bereitgestellt. Das Datenangebot umfasst eine Auswahl an Kernindikatoren aus den Bereichen Einkommensarmut und -verteilung Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen Qualifikationsniveau und Erwerbsbeteiligung Diese Daten sowie Armuts- und Sozialindikatoren auf Länderebene, methodische Erläuterungen zu den Datenquellen und den angewandten Berechnungsverfahren stehen im Internet kostenlos zur Verfügung. Dieses Informationsangebot wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt: Das vollständige Datenmaterial im Internet: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de>

<https://bbu.de/beitraege/armutsgefaehrung-deutschen-grossstaedten-am-hoechsten>